

**Bezugspreise:**

Für Halle monatlich bei zweimonatlicher Anfertigung 3 00 Mark, vierteljährlich 8 00 Mark, durch den Post 7 50 Mark annehmlich. Zustellungsgebühr. Bestellungen werden von allen Reichspostämtern angenommen. Im an 14. Februartage vor dem Ende der Drucklegung einbringen. Für unrichtig eingetragene Adressen keine Gewähr übernommen. Nachdruck nur mit der Quellenangabe. Halle, den 14. Februar 1920. Nr. 1140, der für eigene Abg. Nr. 1134, Nr. 7411, der Bezugs-Abg. Nr. 1134.

**Morgen-Ausgabe.**

# Volks-Zeitung

Vierundfünfzigster Jahrgang.

Nr. 77.

Halle, Sonntag, den 15. Februar 1920.

Einzelpreis 15 Pfg.

**Anzeigenpreise:**

Die 8 spalten 34 mm breite Mittelzeile ober dem Raum 30 Pf., und darunter die 24 mm breite Mittelzeile 40 Pf. Anzeigen nehmen an andere Geschäftsstellen u. für die Inserate-Verwaltung. Anfertigungs- und Druckkosten 2 mal. Sonntags und Abends 1 mal. Schriftleitung und Haupt-Geschäftsstelle: Halle, Neue Dromedars-Str. 15. Dr. Braunsbach, 17. Neben-Geschäftsstellen: Große Ulrichstr. 52 und Markt 24. Postfach-Nr. Leipzig Nr. 4409.

## Verzicht auf Auslieferung des Kaisers.

Die Verhandlungen gegen die Beschuldigten vor dem Reichsgericht. — Flucht von Beschuldigten nach Holland und der Schweiz? — Grenzkontrolle der Alliierten.

### Annahme des deutschen Vorschlages vom 25. Januar.

Paris, 14. Februar. Aus italienischen Kreisen wird der „Agence Havas“ gemeldet, daß die Londoner Konferenz beschließen habe, die Schuldigen unter Kontrolle der Alliierten in Leipzig abzurufen zu lassen. Sie würde also auf die Auslieferung verzichten und den von den Deutschen am 25. Januar gemachten Vorschlag mit einigen Abänderungen annehmen.

### Pariser Meldungen über den Londoner Beschluß.

Wien, 14. Februar. Nach Meldung der Pariser Morgenblätter ist auf der Londoner Konferenz der deutschen Forderung in der Auslieferungssache entzogen worden. Die Verbündeten akzeptieren den deutschen Standpunkt, daß die deutschen Offiziere nicht ausgeliefert zu werden brauchen und vor dem Reichsgericht in Leipzig zu erscheinen haben. Auf die Auslieferung des Kaisers wird verzichtet, dagegen wird keine Internierung auf einer holländischen Insel verlangt.

### Die französische Antwortnote unterwegs.

Paris, 14. Februar. (Drahtnachricht.) Nach Meldungen, die die Pariser Presse von ihrem Londoner Sonderberichterstatter erhalten hat, die Ministerpräsident Millerand begleitet, ist gestern die Antwort der Alliierten auf den am 25. Januar gemachten deutschen Vorschlag fertiggestellt und nach Berlin übermittelt worden. Es heißt, daß die Note durch den französischen und englischen Botschaftsrat in Berlin überreicht und nicht wie bisher durch das Generalkonsulat der Friedenskonferenz dem Botschaftsrat der deutschen Friedensdelegation in Paris überreicht werden soll. Wie berichtet wird, mache man Unterschiede zwischen den Staatsmännern und den Militärs, die theoretisch verantwortlich seien, und den Untergeordneten, die mitgearbeitet haben.

### Dementi einer nicht gemeldeten deutschen Note.

London, 14. Februar. (Drahtnachricht.) Das Kaiserliche Bureau erklärt, daß der deutschen Regierung in der Antwort der Alliierten auf die Auslieferung des Kaisers keine nicht formale Note überhandelt hat, in der es sich um die genannten Personen auszuwirken und sich erdient macht, sie vor ein deutsches Gericht zu stellen. Man glaubt, daß die Antwort der Alliierten im Laufe des heutigen Nachmittags eintreffen wird. Man ist in dieser Form unzufrieden. Die Reichsregierung fällt allerdings, wie allgemein bekannt ist, an dem in ihrer Note vom 25. Januar enthaltenen Standpunkt mit aller Bestimmtheit fest. Sie ist bereit, Verbrechen in Deutschland zu bestrafen, fällt aber ihre Auslieferung an fremde Gerichte für unmöglich. Die Regierung hat jedoch keine Gelegenheit gehabt, dies in einer Note nochmals zum Ausdruck zu bringen, da zunächst die in Aussicht gestellte Antwort der Alliierten auf die deutsche Note vom 25. Januar abzuwarten ist.

### Die Note an Holland betr. den Kaiser.

Haag, 14. Februar. (Eig. Drahtnachricht.) Die Entente note an Holland läßt, wie die „Nationalzeitung“ meldet, ungenügend Holland die Rolle, die Kaiser unter anderem auszuüben, aber ihm einen Wohnsitz in Holland zu anbieten. In diesem politischen Hinsicht wird daran bemerkt, daß die holländische Verfassung eine bezweckte Maßnahme nicht zuläßt.

### Flucht aus Deutschland.

Wien, 14. Februar. (Eigene Drahtnachricht.) Laut einer Meldung der „Nationalzeitung“ will das „Pariser Journal“ wissen, daß bereits eine große Anzahl der aus Deutschland auszuwandernden Kriegsverwundeten Deutschland verlassen, und sich nach der Schweiz und Holland begeben hat, von wo sie nicht ausgeliefert werden. Der Berliner Vertreter der „Daily Mail“ berichtet, die Soldaten der Entente-Kommissionen in Berlin seien angewiesen worden, angesichts der derzeitigen Stimmung der Bevölkerung nunmehr in Zivil auszugehen.

### Überwachung der Grenze.

Karlsruhe, 14. Februar. (Eigene Drahtnachricht.) Wie die „Kölnische Volks-Zeitung“ aus Paris erzählt, habe die Grenzkontrollen in Deutschland, die sich in Bezug auf die deutsche Grenze an der holländischen, holländischen und belgischen Grenze geltend, um den Personen- und Güterverkehr Deutschlands mit Dänemark, Holland und der Schweiz zu beschränken. Diese Entente-Kontrollen sind auch an

den Grenzstationen der Nachbarländer Deutschlands Vertreter, durch die sie sich über die Reisen von gewissen Personen orientieren können. Die Auslieferungsgläubigen sind den Agenten auch zugegangen, die im Auftrag, alle auf der Seite stehenden Personen, die sich ins Ausland begeben, sofort dem französischen Chef der Ueberwachungskommission in Berlin mitzuteilen.

### Kabinettsitzung über die Ernährungslage.

Berlin, 14. Februar. (Eig. Drahtnachricht.) Gestern hat eine Kabinettsitzung stattgefunden die sich mit der Ernährungslage beschäftigte, und in der sich die Mitglieder dem Standpunkt anschlossen, der die Beibehaltung der Zwangswirtschaft für Brotgetreide und Kartoffeln und die Zwangsverwertigung des Hafers vorzuziehen. Eine enghalsige Situationsnahme des Kabinetts wird in einer noch festzulegenden Sitzung erfolgen. Der Antrag der Reichskammer der Zwangswirtschaft für Brotgetreide und Kartoffeln für das Erntejahr 1920 und die Einbeziehung des Hafers in die Zwangsverwertigung bedarf dann nach der Zustimmung des Reichsrates und des letzten Ausschusses der Nationalversammlung.

### Mindestpreise für Getreide und Kartoffeln der Ernte 1920.

Berlin, 14. Febr. Dem Reichsrat geht dieser Tage eine Vorlage der Reichsregierung über die Preise für landwirtschaftliche Erzeugnisse aus der Ernte 1920 zu. Die wichtigste Aufgabe der für die Landwirtschaft und die Ernährungswirtschaft im kommenden Wirtschaftsjahr verantwortlichen Stellen besteht zunächst darin, die landwirtschaftliche Erzeugung nach Möglichkeit zu steigern, um den Nahrungsbedarf der Bevölkerung weit möglichst aus dem heimischen Boden zu decken. Von diesem Gedanken ausgehend, hält es die Reichsregierung für notwendig, schon jetzt Maßnahmen zu treffen, die dem Landwirt die Sicherheit einer angemessenen Bewertung seiner wichtigsten Erzeugnisse gewährleisten und damit die volkliche Ausnutzung aller zu Gebote stehenden Produktionsmittel für den Frühjahrsbau ermöglichen. Zu diesem Zweck schlägt sie im Anschluß an eingehende Beratungen mit Vertretern der Erzeuger, Verarbeiter und des Handels vor, alsbald Mindestpreise für Getreide und Kartoffeln festzusetzen.

Diese Preise stellen die Mindestvergütung für Getreide und Kartoffeln in der Ernte 1920 dar, die auf Grund gesetzlicher Vorschriften abzuliefern sind. Vorgeschlagen werden im einzelnen:

- 1. für die Tonne Weizen und Soja (Weizen, Fein), 1100 Mark;
- 2. für die Tonne Roggen, Gerste oder Hafer 1000 Mark;
- 3. für die Tonne Kartoffeln 500 Mark.

Diese Mindestpreise sind auf Grund des gegenwärtigen Standes der Produktionskosten errechnet. Sie tragen, da voraussichtlich mit weiteren Steigerungen der Kosten zu rechnen ist, nur einen vorläufigen Charakter und bilden die Grundlage für die endgültigen Uebernahmepreise, die kurz vor der Ernte festgesetzt werden sollen. Die endgültigen Uebernahmepreise, die zugleich Höchstpreise sein werden, sollen unter Berücksichtigung der bis zur Ernte eingetretenen Veränderung der Produktionskosten und des erntebestimmenden Preisniveaus festgesetzt werden. Auf die Weise wird die Sicherheit gegeben, daß die Kammer für die mit der Festsetzung der Höchstpreise in Frage weiterer Steigerung der Produktionskosten entfallenden Mehrerlöse durch die endgültigen Preise einen Ausgleich erhalten. Bei den Vorarbeiten wird davon ausgegangen, daß die gebundene Wirtschaft für Getreide beibehalten ist unter Einbeziehung des Hafers, dessen einheitliche Preisnote in diesem Wirtschaftsjahre an außerordentlichen Umständen angefügt hat. Das Reichskabinett hält bei den Kartoffeln die Zeit noch nicht für gekommen, die gebundene Wirtschaft anzufassen. Aufgabe der weiteren Beratungen mit den betroffenen Kreisen wird es sein, die Einzelheiten der Preispolitik nach Möglichkeit in der Richtung an derer Bewegungsfreiheit in der Landwirtschaft auszunutzen. Die in Aussicht genommene wissenschaftliche Preisermittlung für Getreide und Kartoffeln wird eine weitere starke Bestätigung der notwendigen Bevölkerung im kommenden Herbst nach sich ziehen. Sie liegt aber in ihrem eigenen volkswirtschaftlichen Interesse, weil nur der Verrechnung eine bessere Pädagogik der landwirtschaftlichen Produktion erwartet wird. Die nachträgliche Anwendung anderer, eigener Produktionsquellen muß aber erst und in der Zukunft das Hauptziel unserer Preispolitik sein. Denn je mehr Bodenmittel im Inland erzeugt werden, desto unabhängiger sind wir von Auslands, das gegen uns nur zu enormen Preisen und dem Verlust gestanden wird.

Die Vorlage wird noch im Reichsrat und der Nationalversammlung einer Beratung unterzogen. Die Entscheidung dieser Körperschaften wird nach Möglichkeit beschleunigt werden.

### Reichsminister Schiffers Geburtstag.

Berlin, 14. Februar. (Drahtnachricht.) Reichsminister Schiffer empfing den Abendhinter auf seine 60. Geburtstag die persönlichen Glückwünsche des Reichslandrats und der Regierung. Für das Reichsinstitut für Ueberwachung der Unterwasserfahrzeuge hat die Glückwünsche der Beamten. Eine Uniforme von dreifelligen und dreifelligen Gratulationen ging ein.

### Langing demissioniert.

Washington, 14. Februar. Wie Reuters meldet, hat Staatssekretär Langing sein Amt niederzulegen eingewilligt. Präsident Wilson hat das Gesuch genehmigt.

### Streik in den Amsterdamer und Rotterdamer Häfen.

Amsterdam, 14. Februar. „Algemeen Handelsblad“ meldet, daß der allgemeine Transportarbeiterstreik in den Häfen Amsterdam und Rotterdam verurteilt worden ist.

### Geheime Kommunistenkonferenz in Amsterdam.

Amsterdam, 14. Februar. Wie „Algemeen Handelsblad“ meldet, hat in der ersten Hälfte des Monats in Amsterdam eine geheime internationale Kommunistenkonferenz stattgefunden, zu der auch deutsche Mitglie der nach Amsterdam gekommen waren. Wie Sylvia Panthurl behauptet, hat unter den englischen Delegierten, der holländische Ignorant Rogers vertrat die russische Sowjetregierung. Die Hälfte auf der Konferenz dem zukunfts-erwarteten Vollzugsbüro der dritten Internationalen, Diamanten, Perlen und andere Schmucke im Werte von 20 Millionen Rubel zur Verfügung. Es wurde ausdrücklich festgesetzt, daß es Aufgabe des Amsterdamer Büros ist, jeden Streik und jede Bewegung, die revolutionären Charakter hat, zu unterstützen. Das Amsterdamer Büro untersteht dem Moskauer Büro unmittelbar. Das Berliner Büro, das die Federführung für die Konferenz des niederländischen Büros mit der Sowjetregierung ist, wird dem Amsterdamer Büro unterstellt werden. In Nordamerika, Mexiko, Spanien und Mexiko werden Zweigbüros errichtet werden. Wie drei Monate werde die an die dritte Internationale angehängt seinen Führer Delegierte aus dem niederländischen Büro entstehen. Auf der Konferenz wurde eine Entscheidung angenommen, nach der die internationale kommunistische Partei verhandelt, die Führung der Gewerkschaftsbewegung in die Hand zu bekommen.

### Die neuen englischen Silbermünzen.

London, 14. Februar. Die Regierung hat einen Gesetzentwurf über die Prägung von Silbermünzen eingebracht, durch die der Feingehalt der Silbermünzen, die in Zukunft geprägt werden, von 925 auf 500 herabgesetzt wird. Gemeinlich erfolgt die Herstellung dieser Münzen mit Verlust.

### Drohender Pol'istenstreik in Oberschlesien.

Wreslau, 14. Februar. Wegen der Beschaffung des Pol'istenstreikereis Ordern durch die Besatzungsausschüsse in Gleiwitz beschließen die ober-schlesischen Pol'isten, wenn Ordern nicht freigegeben werde, am 14. Februar den Streik niederzusetzen. Die Beamten des Stahl, Kohle, Eisenbahn, Straß- und des Gerichts verweigern sich mit ihnen nicht. Es werden wegen angedrohter abfälliger Maßnahmen über die Entente-Truppen verhandelt werden.

### Die Arbeit des „Völkerbundes“.

Amsterdam, 14. Februar. „Telegraaf“ meldet aus London vom 13. Februar. Der Völkerbund beschloß in öffentlicher Sitzung, eine internationale Konferenz zur Besprechung der

### Sinnhaftigkeit

einsparungen, um die Mittel zu erwärmen, diese Krisis zu überleben und die gefährlichen Folgen der Krisis zu mildern. Der Vorkonferenz des Rates wird der Auftrag mitgliedern einen Ausschuss zusammenstellen, der den Auftrag hat, die Länder, die hauptsächlich von der Weltwirtschaft betroffen werden, zu der Konferenz, die sobald wie möglich stattfinden soll, einzuladen. Außerdem heißt der Auftrag eine Liste von zwölf internationalen Juristen auf, die aufgeföhrt werden sollen, ein Komitee zu bilden, das die Pläne für den Internationalen Gerichtshof ausarbeiten

